



EIN REFERENDUM BEDEUTET MEHR DEMOKRATIE UND NICHT WENIGER!

HAMBURG ENTSCHIEDET ÜBER OLYMPIA AM 29. NOVEMBER

TEXT Dr. Andreas Dressel, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

Hamburg hat die einmalige Chance, Austragungsort für die Olympischen und Paralympischen Spiele zu werden. Der Deutsche Olympische Sportbund will sich mit Hamburg auf internationaler Ebene bewerben. Eine große Mehrheit in der Stadt unterstützt das laut Umfragen und ist „Feuer und Flamme“. Doch das reicht nicht: Wir haben immer versprochen, dass am Ende alle Hamburgerinnen und Hamburger in einem verbindlichen Volksentscheid das entscheidende, letzte Wort haben – und auch hier halten wir unser Versprechen!

Dieser Volksentscheid wird in Form eines Referendums am 29. November 2015 stattfinden, Senat und Bürgerschaft haben dazu mit sehr großer Mehrheit den Weg freigemacht. Über die inhaltlichen Fragen einer Olympia-Bewerbung wird aktuell viel informiert und diskutiert – das ist gut so! Zu vielen Fragen – etwa zur Nachhaltigkeit des Baus von Sportstätten und der Stadtentwicklung, der Realisierbarkeit im Hafen, der Transparenz und besonders der Finanzierung – gibt es schon erste Antworten, weitere werden folgen. In Bürgerwerkstätten wird der öffentliche Dialog fortgesetzt und Expertenteams arbeiten mit Hochdruck an der Vertiefung der Konzeption. Als Voraussetzung für das Olympia-Referendum musste die Hamburgische Verfassung um Regelungen ergänzt werden, die die Verbindlichkeit einer solchen Entscheidung des Volkes garantieren. Denn dass Bürgerschaft und Senat eine verlässliche und bindende direkte Entscheidung aller Hamburgerinnen und Hamburger zu Sachfragen initiieren, das war bislang nicht möglich.

MEHR DEMOKRATIE NUR FÜR OLYMPIA?

Dieses Mehr an Demokratie sollte es nicht nur für Olympia geben. Es sind auch andere Fragen von grundsätzlicher und gesamtstädtischer Bedeutung vorstellbar, die von allen Hamburgerinnen und Hamburgern entschieden werden sollten. Es wäre schon recht sonderbar, wenn man die Stadt nur einmal über Olympia abstimmen ließe, bei anderen bedeutsamen Vorhaben diese Beteiligungsmöglichkeit aber nicht mehr zur Verfügung stünde. Außerdem sind für eine einmalige „Lex Olympia“ als auch für eine dauerhafte Regelung die gleichen verfassungsrechtlichen und verfahrenstechnischen Fragen zu klären. Ganz abgesehen davon, dass Einzelfallregelungen grundsätzlich nicht

in unsere Verfassung gehören. Eine Verfassung soll allgemeingültig die Spielregeln in einem Gemeinwesen klären.

Für Referenden haben wir ganz bewusst sehr hohe Hürden eingezogen, damit von diesem Instrument nur in Ausnahmefällen bei ganz besonders wichtigen Vorhaben der Stadt Gebrauch gemacht wird. Es geht hier um Großprojekte und Infrastrukturvorhaben, die Auswirkungen über viele Wahlperioden haben und bei denen es sinnvoll erscheint, frühzeitig eine verbindliche Entscheidung des Volkes einzuholen.

VOLKSINITIATIVEN, VOLKSBEGEHREN UND VOLKSENTSCHEIDE BLEIBEN UNBERÜHRT

Von einigen Kritikern wurden Ängste geschürt, dass die Volksgesetzgebung in Hamburg jetzt gefährdet sein könnte. Ihnen sagen wir: Es ist absurd, in der zusätzlichen Möglichkeit von Volksabstimmungen in Form von Bürgerschaftsreferenden eine Einschränkung der direkten Demokratie zu sehen. Die direkte Demokratie wird nicht gefährdet, der Volksentscheid muss nicht gerettet werden. Wir haben uns gleichwohl sehr sorgfältig mit den Befürchtungen ernsthaft auseinandergesetzt und im Ausführungsgesetz die notwendigen Sicherungen eingebaut, damit die bewährten Instrumente von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid weiter gut funktionieren können. Einem Referendum geht ein Vorlauf von mindestens 10 Monaten (6 Monate vor dem Einleitungsbeschluss, 4 Monate zwischen Einleitungsbeschluss und Referendum) voraus; in der Zeit können alle Initiativen, ja die ganze Stadt, sich sortieren und entscheiden, ob und wie sie votieren oder ob sie selbst etwas starten, eine Gegenvorlage, eine eigene Initiative oder eine eigene Stellungnahme im Informationssheft zum Referendum – wir haben zusätzliche Möglichkeiten hierfür geschaffen und keine Möglichkeiten abgebaut. Mehr Vielfalt in der Meinungsbildung geht nicht! Die hohe Einleitungshürde, es müssen eine Zweidrittel-Mehrheit der Bürgerschaft, also auch große Teile der Opposition, und der Senat zustimmen, hatte ich schon erwähnt. Und: Auf Volksinitiativen wird Rücksicht genommen. Eine Volksinitiative hat vor dem Referendum immer die Wahl, ob sie ihre Vorlage im Referendum mit



Dr. Andreas Dressel

zur Abstimmung stellt oder ihr gesetzlich geregeltes Verfahren einfach wie bisher weiterführt. Nur wenn am Schluss die demokratische Mehrheitsentscheidung des Volkes als Ergebnis eines Referendums der Vorlage von Senat und Bürgerschaft folgt – und damit einer Volksinitiative oder einem Volksbegehren in derselben Frage widerspricht –, dann ruhen diese für den Zeitraum von maximal einer Legislaturperiode. Das ist aber auch vertretbar, weil das Volk ja selbst entschieden hat! Genauso kann auch die Politik sich nicht einfach über ein Referendum hinwegsetzen; auch das ist in der Neuregelung berücksichtigt. Anderenfalls könnte die Entscheidung ja jederzeit wieder ausgehebelt werden. So aber ist das Referendum ein verlässliches Instrument und der Volkswillen erhält Verbindlichkeit.

WEITERENTWICKLUNG IM DIALOG

Wir reichen den Kritikern die Hand. Wir haben bereits viele Bedenken mit dem Ausführungsgesetz aufgegriffen und wir haben gesetzlich festgelegt, dass nach dem Olympia-Referendum eine ergebnisoffene Evaluation durchgeführt wird – gemeinsam mit der Öffentlichkeit und Experten. Wenn sich tatsächlich doch noch Problempunkte zeigen, werden diese abgestellt. Gemeinsam mit vielen – aus Presse und Öffentlichkeit – sind wir aber der Auffassung, dass uns ein vernünftiger Kompromiss für mehr direkte Bürgerbeteiligung gelungen ist, ohne Bürgerschaft, Senat oder Volksentscheide zu schwächen. Nun sollten wir in den Dialog gehen für den ersten „Anwendungsfall“ – das Olympia-Referendum am 29. November!



MEHR INFOS ZU OLYMPIA?

20 Fragen und Antworten und weitere Informationen zu Olympia und zu Referenden unter spd-fraktion-hamburg.de



Liebe Genossinnen und Genossen,

Bürgerschaft und Senat haben ihre Arbeit aufgenommen. Wir haben versprochen, zusammen das moderne Hamburg zu schaffen. Viel Arbeit liegt vor uns – das wird allein durch den detaillierten Koalitionsvertrag deutlich. Eine besondere Herausforderung ist die Olympiabewerbung.

Das IOC entscheidet im Sommer 2017 über die Vergabe der Olympischen und Paralympischen Spiele 2024. Eine erfolgreiche Hamburger Bewerbung gäbe unserer Stadt einen Entwicklungsschub, der Stadtentwicklung, Wirtschaftskraft und Internationalität entscheidend treiben würde.

Wir wollen der Welt zeigen, dass Spiele möglich sind, die der Reformagenda des IOC entsprechen. Spiele, die kompakt, mitten im Herzen unserer Stadt, am Wasser stattfinden.


Aber eben auch Spiele, die von einer offenen und demokratischen Bürgergesellschaft getragen werden und die den Geist von Frieden und Verständigung atmen, der die Idee von Olympia immer wieder beflügelt hat.

Wir haben jetzt bis 2017 die Chance, uns der Welt zu präsentieren. Wir sind das Tor zur Welt, aber wir wissen auch, dass es in den USA immer noch „Hamburg, Germany“ heißt, während unsere Mitbewerber ohne einen zusätzlichen Verweis auf das eigene Land auskommen.

Dass dieser Zusatz auch bei uns in zwei Jahren nicht mehr nötig ist, ist ein wichtiges Ziel, das wir erreichen werden. Aber wir wollen mehr. Wir wollen die Gelegenheit, uns der Welt zu präsentieren und auf dem Kleinen Grasbrook und überall mitten in der Stadt moderne Spiele veranstalten.

Wir wollen der Welt zeigen, wie vielfältig unsere Stadt ist, wie attraktiv, wie lebenswert. Und wir werden dabei neue Dynamik für unsere eigene innerstädtische Entwicklung gewinnen. Es wird etwas entstehen, das bleibt, weil es breit getragen wird.

Euer


Olaf Scholz

KRIEGSENDE VOR 70 JAHREN

UNSERE ERINNERUNGSARBEIT

Von Jahresbeginn bis Anfang Mai wurde in den Medien über die Gedenkfeiern in den KZ-Gedenkstätten anlässlich der Befreiung vor 70 Jahren berichtet. Die Veranstaltungen markierten zugleich das Vorrücken der alliierten Streitkräfte 1945 und damit das Ende der Kampfhandlungen vor Ort. Britische Truppen erreichten Hamburg am 3. Mai 1945 wenige Tage vor der deutschen Kapitulation.

Für die Verfolgten des NS-Regimes war es der Tag der Befreiung. Für einen Großteil der Bevölkerung, ob überzeugte Nationalsozialisten oder von der NS-Propaganda Geblendete, war es ein Tag der Niederlage.

Wenn heute fast 90 % der Bevölkerung den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus sehen, so ist das vor allem dem unermüdlichen Einsatz der Verfolgten zu verdanken, die gegen das Vergessen gekämpft haben. Ihre Initiativen und ihre Beharrlichkeit standen am Anfang. Auch hier in Hamburg waren es die Überlebenden, die sich für ein Gedenken an die Opfer und an die Befreiung auf dem KZ-Gelände einsetzten. 1965 wurde das internationale Mahnmal in Neuengamme eingeweiht. Seit Jahren ist die Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung feste Tradition. In diesem Jahr kamen noch einmal 54 ehemalige Gefangene aus 20 Ländern. Hochbetagt nahmen sie die Strapazen auf sich, um der Nachwelt von den erschütternden Erlebnissen zu berichten, die sie ein Leben lang verfolgt haben. Über 100.000 Menschen waren im KZ Neuengamme inhaftiert, etwa 43.000 von ihnen kamen ums Leben.

Gut 1.000 Menschen nahmen an der Gedenkveranstaltung mit einer Ansprache unseres Landesvorsitzenden und Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz am 4. Mai in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme teil. Die Landesorganisation und der Distrikt Oberalster hatten drei Busse organisiert, mit denen etwa 150 Personen anreisten.

Die AvS (Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten) widmet sich der Erinnerungsarbeit. Sie bietet regelmäßig Führungen in der KZ-Gedenkstätte Fuhlsbüttel an und beteiligt sich an den Gedenkveranstaltungen z.B. am Volkstrauertag. Unter www.avs-hh.de werden über 130 Biografien von verfolgten Hamburger Sozialdemokra-

tinnen und Sozialdemokraten vorgestellt. Mit einer Spende von 300 Euro können individuelle Biografie-Wünsche erfüllt werden. Bei der Landesorganisation sind folgende Publikationen unentgeltlich erhältlich:

- Hamburger Erinnerungsorte der Sozialdemokratie (Drei Rundgänge)
- Verfolgung als politische Erfahrung



"Für die Verfolgten, für die Aufrechten und NS-Gegner ein Tag der Befreiung." Bürgermeister Olaf Scholz in seiner Rede zum 08. Mai.



Kranzniederlegung der SPD Hamburg an der Gedenkstätte Neuengamme.

- Drei Pfeile in der Kulmer Gasse
- Zur Tätigkeit der ehemals verfolgter Sozialdemokraten 1945-2005
- Die „Echo“-Versammlung der Hamburger SPD 1933

Wer sich für die Arbeit der AvS interessiert, ist herzlich willkommen!

Euer Holger Martens, stellvertretender Vorsitzender der AvS | Vorsitzender der Historischen Kommission Hamburg

Kontakt: Sylvia.Mittelstaedt@spd.de

Berlin direkt

GESUNDHEIT UND PFLEGE IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

von Aydan Özoğuz, MdB

Die Gesundheit ist eines der höchsten Güter für uns alle – und wir können uns glücklich schätzen: Das deutsche Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch leider profitieren nicht alle gleichermaßen vom hohen Standard in unserem Land. Es bestehen strukturelle Probleme bei der medizinischen Versorgung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Das hat mich als Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration dazu veranlasst, für das Jahr 2015 hier einen Arbeitsschwerpunkt zu setzen. Denn neben der stets akuten Thematik rund um die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen, muss auch die allgemeine Integrationspolitik vorangetrieben werden, damit unsere Gesellschaft weiter zusammenwachsen kann.

Ein wichtiger Kern der Probleme bei der Gesundheitsversorgung liegt in der mangelhaften Vermittlung von Informationen. Es bestehen gerade bei neu zugezogenen Menschen häufig Informationsdefizite, welche Leistungen überhaupt existieren und wie das

Gesundheitswesen funktioniert. Leidtragende sind hier vor allem auch Kinder, die Vorsorgeuntersuchungen, beispielsweise zur Früherkennung von Entwicklungsstörungen oder im Bereich von Impfungen und Zahnmedizin, nicht erhalten. Ältere Migrantinnen und Migranten profitieren nur unzureichend von Präventionsmaßnahmen. Dies wiederum stellt nicht nur eine Gefahr für die Betroffenen selber dar, es bedeutet auch hohe, eigentlich vermeidbare Belastungen unseres Gesundheitswesens durch nachträgliche Behandlungen.

Gründe für diese Informationsbarrieren sind einerseits mangelnde Sprachkenntnisse der Zugewanderten. Aber entscheidend ist auch, dass unser Gesundheitssystem sich in Hinblick auf eine zunehmend vielfältige Patientenschaft weiterentwickeln muss. Eine interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Arztpraxen, Rehazentren und auch Krankenkassen sowie Gesundheitsämtern ist zwingend erforderlich und wichtig für eine Einwanderungsgesellschaft, in der alle gleichberechtigt sein müssen. Dazu gehören auch die



Ausbildung oder Anstellung mehrsprachiger Fachkräfte und mehr Sprachmittler.

Eine ganz spezielle Herausforderung ist sicherlich – und damit wären wir wieder beim derzeit alles bestimmenden Thema – die Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen. Hier müssen wir dringend eine bundesweite einheitliche Regelung finden, wie man Flüchtlingen und Asylbewerbern eine unkomplizierte Versorgung garantieren kann. Es kann nicht sein, dass Personal ohne jede medizinische Ausbildung über die Notwendigkeit eines Arztbesuches entscheidet oder zunächst die Behörden den Arztbesuch erlauben muss. Das in Hamburg und Bremen bereits eingeführte Modell der Chipkarte, die kranken Flüchtlingen eine unbürokratische Möglichkeit gibt, medizinische Hilfe zu erhalten, ist ein positives Beispiel, an dem man sich bei der Entwicklung einer bundesweiten Lösung orientieren könnte.



TERMINE

Montag, 22 Juni | 19 Uhr
KREISPARTEITAG SPD ALTONA
 zum Schwerpunkt TTIP
 Louise-Schroeder-Schule (Aula) – alle Mitglieder der SPD Altona können teilnehmen

Donnerstag, 25. Juni | 18.30 Uhr
DAS TRANSATLANTISCHE FREIHANDELSABKOMMEN TTIP
 Gast: **Bernd Lange**, MdEP
 Kurt-Schumacher-Haus
 Kurt-Schumacher-Allee 10, 20097 Hamburg

Samstag, 04. Juli, und Sonntag, 05. Juli
ALTONALE
 SPD-Infostand auf dem Spritzenplatz

Montag, 06. Juli | 18.30 Uhr
TARIFEINHEITSGESETZ
Risiken und Chancen für die zukünftige Gestaltung von Tarifverhandlungen
 SPD Harburg / AfA
 Podiumsdiskussion
 mit **Metin Hakverdi**, MdB, **Katja Karger** (DGB), **Frank Maur** (EVG), **Martin Dieckmann** (ver.di), IGM angefragt
 Handwerkskammer Hamburg - Elbcampus Harburg | Zum Handwerkszentrum 1

Sonntag, 12. Juli | 16 Uhr
GRILLEN DER JUSOS ALTONA
 mit **Matthias Bartke**, MdB,
 am Altonaer Balkon

Samstag, 29. August | 14.30-17.00 Uhr
SOMMERFEST IM DISTRIKT LOHBRÜGGE
 Kurt-Adams-Platz 9,
 21031 Hamburg-Lohbrügge

Samstag, 29. August | 15 Uhr
SOMMERFEST IM DISTRIKT BERGEDORF
 Heinrich-Heine-Weg 13,
 21021 Hamburg-Bergedorf

Freitag, 04. September | 18 Uhr
MITGLIEDERVERSAMMLUNG UND SOMMERFEST DER SPD ALTONA
 Schnittke-Akademie, Max-Brauer-Allee 24
 – alle Mitglieder der SPD Altona können teilnehmen

Sonntag, 13. September | 11-14 Uhr
POLITISCHE RADTOUR IN WANDSBEK
 mit **Andreas Dressel**, Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion, **Anja Quast**, Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion, und **Peter Pape**, Vorsitzender der Bezirksversammlung, durch die Distrikte Volksdorf und Bergstedt

Treffpunkt: Volksdorfer Bahnhof
Abschlussgrillen im Senator-Neumann-Heim in Bergstedt

Freitag, 18. September | 18 Uhr
FLÜCHTLINGSPOLITIK
 Öffentliche Veranstaltung
 mit **Aydan Özoğuz**, MdB,
 Senator-Neumann-Heim
 Heinrich-von-Ohlendorff-Straße 20
 22359 Hamburg

GRASS-KUNST FÜR ALLE!

Günter Grass hat die SPD Hamburg in vielen Wahlkämpfen unterstützt. Zum Bürgerschaftswahlkampf 2008 hat er der Landesorganisation Kunstwerke gespendet, von denen damals nicht alle verkauft wurden. In dankbarem Gedenken an den Künstler Günter Grass und in dem Bewusstsein, dass es in seinem Sinne gewesen wäre, Kunst für jedermann erschwinglich zu machen, bieten wir den Druck „Hahnenkopf“ und die Lithografie „Fischkopf“ zum Kauf an.

Bestellung bitte telefonisch unter Tel. **280 848-0** oder per E-Mail an dagmar.kirchhoff@spd.de

Abholung im Kurt-Schumacher-Haus nach Absprache; Bezahlung bar bei Abholung oder per Rechnung.

HAHNENKOPF

Format: ca. 50 cm x 70 cm, Preis 15 Euro
 Die Blätter wurden einzeln auf einer Drucker-



presse gedruckt – jedes fällt daher ein wenig anders aus und ist eindeutig als handwerkliches Produkt zu erkennen.

FISCHKOPF

Format: ca. 40 cm x 55 cm
 Limitierte Auflage: 150 Exemplare
 einzeln nummeriert und handsigniert
 Preis 200 Euro für SPD-Mitglieder,
 250 Euro für Nichtmitglieder

Europa aktuell

DRITTES HAFENPAKET

DAS EU-PARLAMENT IST AM ZUG

Fast zwei Jahre nach dem dritten Vorstoß der EU-Kommission, die Häfen auf europäischer Ebene zu regulieren, ist nun das Parlament die entscheidende Stimme. Der Rat der Europäischen Union hat seine Position bereits letzten Oktober abgestimmt, nun ist das Parlament die einzige unbekannte Größe.

Die Zeit, die uns in der letzten Legislaturperiode gegeben wurde, war zu kurz, um einen Kompromiss auszuhandeln. Nach den Wahlen gab es viele neue Gesichter: einen neuen Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, neue Koordinatoren in den Fraktionen und auch neue Schattenberichterstatter. Es war also klar, dass wir Zeit brauchen, bis die Arbeit am Kommissionsvorschlag wieder Fahrt aufnimmt.

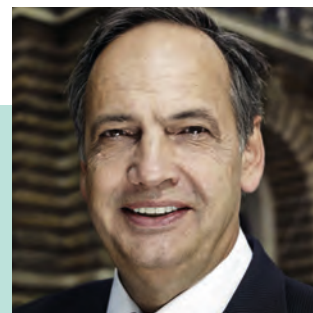
Das war allerdings nicht der einzige Grund für die gedrosselte Geschwindigkeit. Ich habe von Anfang betont, dass diese Verordnung und die Regeln für die staatlichen Beihilfen zusammengehören. Allerdings sind hierfür unterschiedliche Kommissare zuständig: Das Hafepaket liegt in der Verantwortung der Generaldirektion Verkehr, die Beihilfen bei der Generaldirektion Wettbewerb. Die Rechtssicherheit im Bereich der staatlichen Beihilfen im Hafensektor macht uns große Sorgen. Ich werde keine Entscheidungen treffen, ohne dass die Kommission uns ein Zeichen gibt, welchen Ansatz sie in dieser Sache verfolgt. Wir

brauchen eine Lösung, die für eine nachhaltige Hafenbetriebsstruktur Investitionssicherheit bietet.

Obwohl die Umschlagsdienste kein Teil des Marktzugang-Kapitels mehr sein sollen, traue ich dem Frieden nicht nach all den Liberalisierungsversuchen des vorherigen Verkehrskommissars Kallas. Einige kritische Stimmen sagen, dass dieses Kapitel damit zu einem leeren Paket geworden ist, für andere ist es immer noch das Sorgenkind. Deshalb habe ich mich nach einem Gespräch mit unserer neuen Verkehrskommissarin Violeta Bulc entschieden, die Marktöffnung zu streichen und stattdessen den Arbeitnehmerbedenken mehr Gewicht zu verleihen. Es gibt viele unterschiedliche Wege, die Hafendienste zu organisieren und diese sollen den Mitgliedstaaten auch nach wie vor offen stehen.

Der zentrale Aspekt der Verordnung ist die finanzielle Transparenz auf europäischem Level. Diese ist besonders wichtig im Zusammenhang mit öffentlichen Investitionen in den Häfen und den Regeln für staatliche Beihilfen. Wenn die neue Kommission unsere Bedenken ernst nimmt, werden wir gut zusammenarbeiten, wenn nicht, geht auch dieses Hafepaket den Gang seiner Vorläufer: ins Nichts.

Euer Knut Fleckenstein
 Mitglied des Europäischen Parlaments



FRAGEN? SORGEN? PROBLEME?

WIR SIND FÜR SIE DA!
 DAS SPD-BÜRGERBÜRO

Kurt-Schumacher-Allee 10
 20097 Hamburg
 Telefon 28 08 48 32

Dienstag, Mittwoch,
 Donnerstag
 jeweils 14-16 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber:
 SPD-Landesorganisation
 Hamburg

V.i.S.d.P.
 Lars Balcke

Redaktion:
 Lars Balcke
 Fabio Cecere
 Roland Triankowski

Redaktionsschluss für die kommende Ausgabe
 17. August 2015

Anschrift:
 Kurt-Schumacher-Allee 10
 20097 Hamburg